



ZdK

Salzkörner

Materialien
für die Diskussion
in Kirche
und Gesellschaft

22. Jg. Nr. 4
August 2016

Editorial

Kampf um die Demokratie

Es ist keineswegs überzogen, wenn eine angesehene Wochenzeitung wie DIE ZEIT in diesen Wochen mehrfach darauf hinweist, dass wir für unsere Demokratie kämpfen müssen. Es stimmt, dass wir – jedenfalls sehr viele von uns – über Jahrzehnte hinweg Freiheit, Demokratie, Rechtsstaat, soziale Marktwirtschaft für etwas Selbstverständliches hielten.

Autoritäre Populisten weltweit, Krisenphänomene in der EU und ganz Europa bedrohen unsere Gesellschaften und unsere Demokratie. "Zeit, aufzuwachen", schreibt DIE ZEIT. Ludwig Windthorst, der große politische Katholik, sagte es andersherum: "Dies ist nicht die Zeit, die Schlafmütze über den Kopf zu ziehen!"

Natürlich engagieren sich viele Katholiken für unseren Staat, für das Gemeinwohl, für unsere Demokratie. Sie wirken in politischen Parteien, übernehmen Ämter und Mandate, handeln entsprechend ihrer Verantwortung in vielen gesellschaftlichen Bereichen, in Beruf und Familie, in ihrer Stadt, in ihrer Straße, in ihrem Haus. Vieles davon ist gelebte katholische Sozialverkündigung. Natürlich gilt immer auch, dass es immer noch mehr sein könnten, und dass neue Aufgaben neues, zusätzliches Engagement erfordern, wie es in der Flüchtlingskrise eindrucksvoll auch von den Christen bewiesen wurde.

"Eine Liebesgeschichte" hieß vor einigen Jahren das überraschende Leitwort der 1200-Jahr-Feier des Bistums Münster. Es wäre der Überlegung wert, ob – wenn nicht aus Liebe, so doch aus innerer Zuneigung und Zustimmung – der Einsatz der Katholiken im Kampf um die Demokratie nicht noch verstärkt werden kann. Oder einfach aus Gründen der Vernunft. **Stefan Vesper**

Inhalt

Ehrenamt als Teilhabeschlüssel _____ 2

Der neue Freiwilligensurvey

[Cornelia Coenen-Marx](#)

Christliches Menschenbild und abendländische Kultur _____ 4

Acht Thesen aus theologisch-ethischer
Sicht

[Markus Vogt](#)

Keine Gewalt im Namen Gottes – auch keine verbale!? _____ 6

Zu den Reaktionen auf die aktuelle
Erklärung des Gesprächskreises
"Christen und Muslime" beim ZdK

[Nathalie Pieper](#)

"Fair"wandel Landwirtschaft und Klima _ 8

Wie Landwirtschaft und Klimawandel sich
gegenseitig bedingen und beeinflussen

[Nicole Podlinski](#)

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort _____ 10

Soziale Gerechtigkeit konkret

[Werner Schniedermann](#)

Haushalte als Arbeitgeber _____ 12

Ein Projekt der Katholischen Frauengemein-
schaft Deutschlands (kfd)

[Heide Mertens](#)

2 Deutschland Ehrenamt

Ehrenamt als Teilhabschlüssel

Der neue Freiwilligensurvey

Als im Frühjahr dieses Jahres der neue Freiwilligensurvey (FWS) erschien, war das Datenmaterial zum Teil überholt – jedenfalls was das TOP-Thema des Jahres 2015 angeht, das freiwillige Engagement von und für Migranten. Denn das Material dieses 4. Surveys wurde zwischen April und November 2014 erhoben; immerhin aber zum ersten Mal auch in fremdsprachigen Interviews in englischer, türkischer, arabischer, polnischer und russischer Sprache. 17,4 Prozent der Befragten in den im Schnitt halbstündigen telefonischen Interviews hatten Migrationshintergrund und immerhin 31,6 Prozent der Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund sind freiwillig engagiert – nach dem Sport ganz besonders in Schulen und Kindergärten. Allerdings nehmen sie seltener als Menschen ohne Migrationshintergrund Leitungsaufgaben wahr. Nach der starken Zuwanderung im letzten Jahr liegt hier eine große Integrationsaufgabe auch für kirchliche Bildungseinrichtungen: Ehrenamt ist wie Erwerbsarbeit ein Schlüssel zu Integration und Teilhabe.

Der Freiwilligensurvey bildet nicht so sehr aktuelle Prozesse ab; er analysiert die langfristigen Veränderungen der ehrenamtlichen Arbeit – sowohl im Blick auf die individuellen Ressourcen, Geschlecht, Alter, Bildungs- und Erwerbsstatus als auch hinsichtlich der regionalen und kulturellen Rahmenbedingungen. Die Kontinuität der Fragestellungen in den vier Wellen des Surveys ermöglicht einen differenzierten Blick auf diese Themen im Zeitvergleich – und damit auf den gesellschaftlichen Wandel, der sich im Ehrenamt zeigt und auch für die Kirchen von großer Bedeutung ist. Eins der wichtigsten Ergebnisse: 31 Millionen engagieren sich; das ehrenamtliche Engagement in Deutschland ist konstant stabil, selbst wenn über die erhobene Prozentzahl im Detail gestritten wird.

Sorgenetze und Leitungsaufgaben

Zum ersten Mal wurde die informelle, außerfamiliale Unterstützung in Freundschaft und Nachbarschaft abgefragt, soweit sie eben unentgeltlich und außerhalb beruflicher Tätigkeiten erfolgt. Es geht also nicht um gering bezahlte "Jobs" in der Pflege – auch wenn der Übergang manchmal unscharf und der gesellschaftliche Druck gerade hier immens ist. Gleichwohl wird deutlich: solche wechselseitigen Unterstützungsleistungen verbessern die Lebensqualität aller Beteiligten. Immerhin 26,2 Prozent geben an, dass sie nachbarschaftliche Hilfe bei Einkäufen, Handwerksdiensten bis Kinderbetreuung erbringen – und es sind, bis auf die Unterstützung Pflegebedürftiger, mehr Männer als Frauen und eher Jüngere als Ältere. Die vielen Modelle von Quartiersarbeit und Sorgenetzwerken und Diakonie und Caritas zeigen: die gleichwohl nötigen Hintergrundstrukturen zu stärken und Vernetzungsangebote zu schaffen, ist eine wichtige Zukunftsaufgabe der Kirchen. Das gilt besonders im ländlichen Raum, wo die Vereine mit ihrem Ehrenamt nach wie vor der zentrale Faktor für sozialen Zusammenhalt sind.

Angesichts der Pluralisierung und Unüberschaubarkeit gesellschaftlicher Prozesse gewinnen die persönlich unterstützenden und beratenden Hilfeleistungen auch gegenüber der eher praktischen Arbeit an Gewicht – ebenso die administrativen Tätigkeiten von der Mittelbeschaffung bis zur Öffentlichkeitsarbeit. Was aber, wenn sich nicht mehr hinreichend Vorstandsmitglieder in einem Verein oder einer Initiative finden? Der FWS zeigt deutlich, dass die Beteiligung an Leitungsfunktionen von 38,2 Prozent 1999 auf 27,5 Prozent 2014 zurückgegangen ist – möglicherweise die Folge einer sinkenden Bereitschaft, organisationelle Verpflichtungen zu übernehmen. Dabei spielen allerdings auch die beruflichen Mobilitäts- und Flexibilitätserwartungen eine Rolle. Bei den Fusionen von Organisationen und Verbänden wachsen gleichzeitig die Anforderungen an Leitung – und auch die vielen kleinen Initiativen könnten nicht funktionieren ohne ein erhebliches Maß an Professionalisierung von Fundraising bis zur Interessenvertretung. Auf diesen Zusammenhang von Organisationsentwicklung und Ehrenamtsentwicklung zu achten – und übrigens auch Engagementforschung und

Deutschland

Ehrenamt

Organisationsforschung neu aufeinander zu beziehen – ist eine weitere Herausforderung für Kirchen, Diakonie und Caritas. Noch immer ist die traditionelle Geschlechterhierarchie spürbar: 21,7 Prozent der Frauen und 33 Prozent der Männer übernehmen Leitungsfunktionen. Wie schon in den vorangegangenen Erhebungswellen zeigt sich aber: der Geschlechterunterschied spielt bei den 30- bis 39-Jährigen (21,4 zu 30,9 Prozent) schon eine weit geringere Rolle als bei den über 65-Jährigen (19,4 zu 38,8 Prozent). Schwerer scheint zukünftig der Einfluss sozialer Ungleichheiten wie Gesundheit und Bildung zu wiegen. Auch hier sind die Kirchen und ihre Verbände gefragt: gerade in Leitungsfunktionen sind Ehrenamtliche auf Fortbildung, Austausch und Informationen, aber zunehmend auch auf organisationelle Entlastung angewiesen.

Beruf, Familie, Ehrenamt

Dem Paradigmenwechsel zum "neuen Ehrenamt" zum Trotz liegt die durchschnittliche Dauer des Engagements noch immer bei 10,2 Jahren – bei Männern sind es sogar 11,2, bei Frauen nur 9,1 Jahre. Hier schlägt bereits der Bildungsunterschied deutlich zu Buche: während niedriger Gebildete 15,4 Jahre lang "dabeibleiben", beenden höher Gebildete ihr Engagement im Schnitt nach 9,1 Jahren. Dabei engagiert sich immerhin ein knappes Drittel täglich oder jedenfalls mehrfach in der Woche ehrenamtlich und immer noch jeder zweite mehrmals im Monat. Über die Jahre zeigt sich allerdings: während die Vielfalt der ehrenamtlichen Tätigkeiten zunimmt, nimmt der Stundenumfang seit 2004 kontinuierlich ab. Einer der wichtigsten aufgabenbezogenen Gründe, ein Ehrenamt zu beenden, liegt denn auch in einem zu hohen zeitlichen Aufwand. Dabei spielt bei fast jedem Zweiten die berufliche Situation eine Rolle – und mit 47,6 Prozent zeigt sich hier eine starke Steigerung von einem Drittel auf die Hälfte der Befragten. Bei einem knappen Drittel – 28,1 Prozent, nach wie vor zumeist bei Frauen – geht es um die Vereinbarkeit mit der Familie. Angesichts der zunehmend selbstverständlichen Frauenerwerbstätigkeit wird das Thema Vereinbarkeit von Beruf, Engagement und Familie, das zwischen 2009 und 2015 immer wieder Thema bei den ökumenischen Ehrenamtskongressen war, auch für die Kirchen wichtiger. Seit dem letzten Survey hat sich

die Zahl derer verdreifacht, die angeben, dass ihre ehrenamtliche Tätigkeit von Anfang befristet war; hier zeigt sich tatsächlich der Vormarsch des neuen, projektorientierten Ehrenamts. Es lohnt sich, diese Entwicklungen mit denen auf dem Arbeitsmarkt zu vergleichen: hier wie da nehmen Aufgabenvielfalt und Arbeitsintensität zu, Elektronik und Rationalisierung werden immer wichtiger. Und wie auf dem Arbeitsmarkt gibt es auch im Ehrenamt einen noch wenig beachteten Trend zu kleinen Start-Ups: immerhin 10 Prozent der Ehrenamtlichen sind nicht durch Einrichtungen oder Vereine "organisiert" – sie vernetzen sich spontan über soziale Netzwerke und fordern damit gerade die Verbände heraus.

Nach wie vor geht es im Ehrenamt aber um andere Werte als in der Erwerbstätigkeit. Hier zählen Wohlbefinden und Gemeinwohlorientierung: "Spaß haben" (93,9 Prozent), Menschen helfen (81,9 Prozent) und Gesellschaft verändern (91 Prozent) stehen im Vordergrund. Der Wunsch, Qualifikation und Einfluss zu gewinnen (51,5 bzw. 31,5 Prozent), treten deutlich dahinter zurück. Wie weit sich allerdings die Motive bei Leitenden und anderen Ehrenamtlichen unterscheiden, ist noch zu wenig erforscht. Keinen Zweifel gibt es, wie Menschen für ein Ehrenamt gewonnen werden: neben den Netzwerken spielen Personen mit hoher Akzeptanz und Vertrauen vor Ort eine entscheidende Rolle. Solche haupt- wie ehrenamtlichen "Schlüsselpersonen" weiter zu qualifizieren, haben sich die Kirchen mit Programmen für Ehrenamtsmanagement und Ehrenamtskoordinatoren vorgenommen. Das gilt es in den nächsten Jahren mit Zeit- und Mitteleinsatz fortzuführen. Politisch aber sollten die Kirchen sich einsetzen für eine bessere Verknüpfung der Erhebungen (nicht nur) im Freiwilligen- und Alterssurvey. Die Diskussion über Unstimmigkeiten in diesem Zusammenhang hat den Blick auf wichtige gesellschaftliche Entwicklungen im Ehrenamt geschwächt.

| **Oberkirchenrätin a. D. Cornelia Coenen-Marx**
Inhaberin der Agentur Seele und Sorge
(www.seele-und-sorge.de)

4 Ethik Christentum

Christliches Menschenbild und abendländische Kultur

Acht Thesen aus theologisch-ethischer Sicht

Der Begriff "Das christliche Menschenbild" ist in seinem Singular eine Vereinfachung, die leicht über die großen Differenzen in unterschiedlichen Jahrhunderten, Konfessionen und kulturellen Kontexten hinwegtäuscht. Der folgende Artikel beleuchtet die Kraft, die dem christlichen Menschenbild innewohnt.

1. Wertschätzung von Vielfalt

Man kann das Gottesgebot "Du sollst dir kein Bildnis machen" auch auf den Menschen anwenden: Du sollst dir kein Bildnis vom Menschen machen. Die Achtung des Menschen als ein nie restlos bekanntes und deshalb auch nie vollständig verfügbares Geheimnis ist ein Gebot der Achtung von Menschenwürde. Zugleich ist es eine Voraussetzung für Liebe, denn wenn der Nächste vollständig berechenbar wäre, könnten wir ihn nicht lieben. Eine offene Gesellschaft, die Vorurteile wegen Herkunft, Rasse und Geschlecht vermeidet, ist die Konsequenz dieses Menschenbildes und wesentlicher Bestandteil der abendländischen Kultur.

2. Die revolutionäre Kraft der Gott-Ebenbildlichkeit

Der in der ägyptischen Königstheologie bekannte Topos der Gott-Ebenbildlichkeit wird in der Bibel demokratisiert und auf alle Menschen angewendet (Gen 1,27). Diese sozialtheologische Revolution hat bis heute nichts von ihrer gesellschaftskritisch-befreienden Kraft eingebüßt. Die ethisch-politische Konsequenz der Gottebenbildlichkeit ist die unbedingte Würde des Menschen, auf der nicht nur die deutsche Verfassung, sondern die moderne Rechtskultur insgesamt beruht. Die Sicherung der Menschenwürde kann nach christlicher Auffassung nicht allein durch das Recht gesichert werden, sondern braucht das Zeugnis gelebter Solidarität in Grenzsituationen von Leid, Armut, Fremdheit, Behinderung sowie am Anfang und Ende des Lebens. Sie ist Schutzgut und Anspruch zugleich.

3. Die Anerkennung der Personalität konkretisiert sich in den Menschenrechten

Die unbedingte Würde des Menschen wird meist mit dem Personbegriff verknüpft. Der Begriff kommt vom persischen "Maske", was auch der griechisch-römischen Tradition entspricht: Person, von per-sonare hindurchtönen, bezeichnet die Trichteröffnung der Schauspielermaske. Person ist demnach die äußere Erscheinung. Dies ist die entscheidende Pointe bei der Karriere des Begriffs im Kontext der Trinitätstheologie: Der eine Gott kann uns in verschiedenen Erscheinungsformen gegenüberreten. Auch für Kant ist die Person gerade nicht die Substanz, an der Subjektsein und Würde aufgehängt ist, sondern eher eine Art "Behälter". So formuliert er den kategorischen Imperativ als Postulat, "die Menschheit in der Person zu achten". Dies geschieht durch die Übereinstimmung mit dem allgemeinen Sittengesetz als Grundlage von Freiheit, Autonomie und Würde. Wenn sich der individuelle Mensch jedoch als dieses Subjekt der Würde erfahren und entfalten soll, müssen die dafür nötigen soziokulturellen Bedingungen beachtet und anerkannt werden. Dies eröffnet den Weg von einem ethisch-politisch stumpfen Personalismus zur Entfaltung seiner Konsequenzen für individuelle Freiheits-, soziale Anspruchs- und politische Mitwirkungsrechte.

4. Humanität braucht Distanz gegenüber dem Bild des perfekten Menschen

Lebenslang sind wir unterwegs zu uns selbst, zu unserer Identität. Das Gebot der Bergpredigt "Seid vollkommen" (Mt 5,48) kann man präziser übersetzen mit: "Seid ganz, nicht innerlich gespalten". Es meint nicht fehlerlose Perfektheit, sondern Authentizität. Heutige Moraltheologie beachtet stärker den humanwissenschaftlichen Befund, dass die Einheit des Individuums mit sich selbst eine fragile Größe ist und Biographien häufig von tiefen Brüchen geprägt sind. Das hat enorme ethische Konsequenzen, beispielsweise für die Ehemoral und das Eherecht. Im Blick auf das Verhältnis zum eigenen Körper geht christliche Anthropologie auf Distanz gegenüber einem auf Leistung und verallgemeinerbare Standards bezogenen Perfektionismus. Individualität zeigt sich gerade auch im nicht Perfekten. Auch Menschen mit Behinderung oder in Armut, Knechtschaft

Ethik

Christentum

oder Schuld verlieren nichts von ihrer Würde. Die Bibel interessiert sich besonders für Menschen in schwierigen Situationen und sagt ihnen besondere Gottesnähe zu.

5. Der Mensch ist Beziehungswesen

Gottes-, Nächsten- und Selbstliebe sind biblisch keine Alternativen, sondern drei Dimensionen, die sich wechselseitig ergänzen und ermöglichen. Als Beziehungswesen hat der Mensch ein Recht auf Inklusion sowie auf kulturelle und ökologische Beheimatung. In seiner theologischen Anthropologie verbindet der jüdische Philosoph Emmanuel Levinas die Anthropologie der Beziehung mit dem Verantwortungsbegriff: Er spricht von der "Anarchie der Verantwortung". Sie ist "an-archisch", "ohne Anfang" im Individuum, da sie ihren Ursprung in der Begegnung mit dem Nächsten hat, der uns zur Verantwortung ruft. Das Sich-auf-den-Nächsten-hin-Überschreiten versteht Levinas als immanente Transzendenz, als Ursprung des Personseins, in dem Selbst-, Sozial- und Gottesbeziehung als Einheit gedacht sind. Freiheit ist demnach nicht Axiom, sondern Folge praktizierter Verantwortung. Sie bleibt wesentliche Zielgröße, ist aber nicht der quasi metaphysische, ganz ins Subjekt verlagerte Ausgangspunkt des gesamten Moral- und Gesellschaftsverständnisses.

6. Ohne Transzendenz wird der Gedanke der Würde des Menschen fragil

Ohne Transzendenz wird auch der Gedanke der unbedingten Würde des Menschen sehr fragil. Unüberbietbar hat dies bereits Nietzsche zum Ausdruck gebracht: Der Tod Gottes hat den Tod des Menschen zur Folge. Die Ambivalenz des säkularen Personalismus zeigt sich heute in unterschiedlichen Kontexten: Ökologisch wird er als anthropozentrischer Speziesismus kritisiert (W. Singer). Bewusstseinsphilosophisch zeigt Derek Parfit, wie fragil das Konstrukt personaler Identität als absolut gesetzter Ausgangspunkt der transzendentalphilosophischen Ethik ist. Interkulturell steht die "Wende zum Subjekt" in der abendländischen Moderne unter dem Verdacht eines gemeinschaftsfeindlichen Individualismus und Egoismus. Ohne theozentrische Rückbindung ist das anthropozentrische Weltbild nicht zu halten.

7. Der Mensch ist auf Vergebung angewiesen

Der Mensch entdeckt sich erst im Angesicht verpasster Freiheit und damit von Schuld oder Differenz gegenüber seinen besseren Möglichkeiten. Erst dann wird sich das Individuum selbst zur Frage. Der Religionsphilosoph Richard Schäffler macht den Unterschied zwischen philosophischer und theologischer Ethik daran fest, dass Philosophie die Freiheit als Axiom voraussetze, während Theologie angesichts verpasster Freiheit nach der Bedingung ihrer Möglichkeit frage. Freiheit und Verantwortung können wir letztlich nur aushalten, wenn wir auf die Möglichkeit der Vergebung und der Barmherzigkeit vertrauen. Ein Menschenbild und eine Moral ohne Barmherzigkeit werden inhuman. Nicht wenige Elemente des moralischen Rigorismus und Systemdenkens in der christlichen Tradition selbst sind dafür ein Negativbeispiel. Ohne das Vertrauen in die Barmherzigkeit läuft die gesamte Ethik letztlich auf den Versuch hinaus, über andere zu Gericht zu sitzen und für uns selbst nachzuweisen, dass wir nicht belangbar sind.

8. Humanität braucht Einfachheit und die Anerkennung von Grenzen

Die befreiende und humanisierende Kraft des christlichen Menschenbildes liegt wesentlich darin, dass es den Menschen sowohl in seiner Neigung zu Bequemlichkeit, Schuld und Gewalt als auch in seiner Möglichkeit zu Freiheit, Verantwortung und Hingabe sieht. Es sieht die Schwächen, nicht um zu verurteilen, sondern um aufzurichten. Zugleich blickt es auf die Stärken, nicht aus Naivität, sondern aus solidarisch liebender Ermöglichung von Freiheit. Humanität gründet in Demut und der Anerkennung von Grenzen. Solche Einfachheit und Demut als Existenzial gelingenden Menschseins wurde nirgendwo so konsequent vergessen wie in der europäischen Moderne. Ihre Wiederentdeckung ist heute ein Überlebensprogramm, das einen grundlegenden Kulturwandel voraussetzt und eine große gesellschaftliche Transformation zur Folge hat. Vorschläge hierfür finden sich in der Enzyklika *Laudato si'* unter dem Leitbegriff "gutes Leben" und in Bruno Latours "Existenzweisen".

| Prof. Dr. Markus Vogt

Dekan der Katholisch-Theologischen Fakultät der Ludwig-Maximilians Universität München

6 Christen und Muslime Dialog

Keine Gewalt im Namen Gottes – auch keine verbale!?

Zu den Reaktionen auf die aktuelle Erklärung des Gesprächskreises "Christen und Muslime" beim ZdK

Am Vortag des 100. Deutschen Katholikentags wurde der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) in Leipzig und der breiten Öffentlichkeit die Erklärung "Keine Gewalt im Namen Gottes! Christen und Muslime als Anwälte für den Frieden" des Gesprächskreises "Christen und Muslime" beim ZdK vorgestellt. Teils schockierende Reaktionen auf den Erklärungstext geben Anlass zur Nachdenklichkeit.

Unmittelbar nach der Vorstellung der Erklärung in Leipzig durch ein Impulsreferat von Prof. Dr. Mouhanad Khorchide (Münster) und zwei Mitglieder des Gesprächskreises, Prof. Dr. Anja Middelbeck-Varwick (Berlin) und Hamideh Mohagheghi (Paderborn), gingen über die Social-Media-Kanäle des ZdK die ersten, teils sehr kritischen und heftigen, Reaktionen ein. Zu diesem Zeitpunkt war die knapp 25 Seiten umfassende Erklärung erst wenige Minuten und Stunden der Öffentlichkeit zugänglich und löste offensichtlich allein aufgrund der Tatsache, dass Christen und Muslime gemeinsam ein solches Papier erarbeitet haben, teils hemmungslose verbale "Beißreflexe" aus.

Unverhohlene Menschenfeindlichkeit

Inhaltlich waren viele Kommentare geprägt von einem anklagenden, altklugen und aggressiven Ton sowie einer stereotyp formulierten und unreflektierten Kritik der Themen Islam, Gewalt, Dialog von Christen und Muslimen sowie Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland. Ein ähnliches Bild lässt sich von vielen Brief- und Mailzuschriften der letzten Wochen an das ZdK zeichnen.

Den christlichen und muslimischen Verfasserinnen und Verfassern des Erklärungstextes, die über ein Jahr an und mit dem Erklärungstext gearbeitet, diskutiert, und gerungen haben, wird hierbei – ebenso wie den Mitgliedern des ZdK – jegliche Kompetenz abgesprochen und ihr Engagement in Kirche und Gesellschaft wird diskreditiert.

Besonders soll an dieser Stelle darauf hingewiesen sein, dass die Wortwahl vieler Absender erschreckend ist: Persönliche

Beleidigungen und Beschimpfungen sowie menschenverachtende Äußerungen haben uns in den letzten Wochen mehrfach erreicht. Schockierend sind die Wortwahl, verbale Aggression, unverhohlene Fremden- und Menschenfeindlichkeit sowie der Aufruf zum aktiven Kampf gegen Menschen muslimischen Glaubens. Übrigens, und dies schmerzt besonders, wird dem ZdK ein abwertend gemeintes "Gutmenschentum" bezüglich unserer Haltung zu Flüchtlingen und Muslimen vorgeworfen. Im Gegenzug scheinen aber Beleidigung und Diffamierung für die Absender mit der Berufung auf ein spezielles Verständnis des Christentums in Ordnung zu gehen ...

Ob sie unsere Erklärung vollständig gelesen haben? Ob sie wahrgenommen haben, dass sich Christen und Muslime gemeinsam gegen Terrorismus und Fanatismus ausgesprochen haben? Dass sich Christen und Muslime gemeinsam für die Achtung des Menschenrechts auf Religionsfreiheit aussprechen? Dass Gewaltprävention eine Aufgabe für alle religiösen Menschen ist?

Nostra Aetate

All jenen, die uns aufgrund unseres Engagements im Dialog mit Muslimen sogar unser Katholischsein absprechen wollen, sei deutlich gesagt: unsere Richtschnur im Dialog mit den Muslimen ist die Konzilserklärung Nostra Aetate:

"Mit Hochachtung betrachtet die Kirche auch die Muslime, die den alleinigen Gott anbeten, den lebendigen und in sich seienden, barmherzigen und allmächtigen, den Schöpfer Himmels und der Erde, der zu den Menschen gesprochen hat. Sie mühen sich, auch seinen verborgenen Ratschlüssen sich mit ganzer Seele zu unterwerfen, so wie Abraham sich Gott unterworfen hat, auf den der islamische Glaube sich gerne beruft. Jesus, den sie allerdings nicht als Gott anerkennen, verehren sie doch als Propheten, und sie ehren seine jungfräuliche Mutter Maria, die sie bisweilen auch in Frömmigkeit anrufen. Überdies erwarten sie den Tag des Gerichtes, an dem Gott alle Menschen auferweckt und ihnen vergilt. Deshalb legen sie Wert auf sittliche Lebenshaltung und verehren Gott besonders durch Gebet, Almosen und Fasten.

Da es jedoch im Lauf der Jahrhunderte zu manchen Zwistigkeiten und Feindschaften zwischen Christen und Muslimen kam, ermahnt die Heilige Synode alle, das Vergangene beiseite zu lassen, sich aufrichtig um gegenseitiges Verstehen zu bemühen und gemeinsam einzutreten für Schutz und Förderung der sozialen Gerechtigkeit, der sittlichen Gü-

Christen und Muslime

Dialog

ter und nicht zuletzt des Friedens und der Freiheit für alle Menschen." (Nostra Aetate 3)

Moderate Kritik

Es erreichten uns selbstverständlich nicht nur beleidigende und dialogverweigernde Rückmeldungen. Viele sachliche, teils auch kritische Nachfragen zum Text und seiner Genese oder auch zu konkreten Textpassagen gingen bei uns ein. Davon wurden und werden Anregungen in unsere Arbeit einfließen.

Die sachlich-fundierten und durchaus auch kritischen Rückmeldungen zeigen, dass im Dialog zwischen Christen und Muslimen noch viel erreicht werden muss. An vielen Stellen herrscht Unsicherheit und Angst vor dem Fremden. Um Ängste abzubauen sind gegenseitige Begegnung und Wissensvermittlung notwendig. Denn nur wo Fremdheit, die sich im schlimmsten Fall in Feindschaft und Hass umwandeln kann, abgebaut wird, können Nähe und gegenseitiges Verstehen geschaffen werden sowie Vorurteile von beiden Seiten abgebaut werden. Unser Erklärungstext setzt ein Zeichen, wie Christinnen und Christen mit Musliminnen und Muslimen gemeinsam ihrer Verantwortung vor Gott gerecht werden können.

Letztlich sollen auch die positiven Würdigungen unseres Textes und unseres Engagements nicht gänzlich unerwähnt bleiben. Viele im interreligiösen Dialog engagierte Menschen, Christen und Muslime, nutzen unsere Erklärung in ihren Bereichen, zum Beispiel in der Bildungsarbeit, als einen Impuls sowie zur Gesprächs- und Diskussionsgrundlage. Auch in den Social Media wurde mehrfach lobend und dankbar kommentiert.

Sowohl der Erklärungstext als auch das mehrsprachige Thesenpapier (in Deutsch, Türkisch, Arabisch) erfreuen sich eines so großen Interesses, dass beide kurz nach der Veröffentlichung kurzzeitig vergriffen waren.

Gespräch der Religionen

Wie gefragt das Gespräch zwischen den Angehörigen der Religionen ist, zeigte der 100. Deutsche Katholikentag in Leipzig. Die Veranstaltungen im Themenbereich Christlich-jüdischer Dialog/Christlich-islamischer Dialog waren außerordentlich gut besucht. Publikumsmagneten waren neben den dialogisch besetzten Veranstaltungen auch Veranstaltungen, die Vertreterinnen und Vertreter des Judentums, des Christen-

tums und des Islams als Podiumsgäste hatten. In den rund 65 Veranstaltungen des Themenbereichs wurden verschiedene Aspekte des Judentums und des Islams vorgestellt sowie theologische und gesellschaftspolitische Themen und Fragestellungen erörtert. Das Programm der Katholikentage in diesem Bereich wird traditionell von Juden, Christen und Muslimen aus dem Gastgeberbistum und ganz Deutschland vorbereitet und ist ein gelungenes Beispiel für den Dialog der Religionen und das gemeinsame Erarbeiten bestimmter Themen.

Der Dialog der Religionen in unserer Gesellschaft ist und bleibt Herausforderung und Verpflichtung zugleich für uns Menschen in Deutschland und in Europa. So ist unser Appell für eine gelungene Dialogarbeit, sich um ein Basiswissen über die jeweils andere Religion und um interreligiöse sowie interkulturelle Kompetenz zu bemühen.

Unser Handeln orientiert sich an Nostra Aetate (s.o.) und an Lumen Gentium. Dort heißt es: "Der Heilswille umfasst aber auch die, welche den Schöpfer anerkennen, unter ihnen besonders die Muslime die sich zum Glauben Abrahams bekennen und mit uns den einen Gott anbeten, den barmherzigen, der die Menschen am Jüngsten Tag richten wird." (LG, Art.16) Papst Franziskus, angesprochen auf Terrorismus und Islam, wählte auf einer Pressekonferenz im Anschluss an den Weltjugendtag in Polen nach dem schrecklichen Attentat im Juli 2016 auf eine Kirche in Nordfrankreich mit einem Todesopfer folgende Worte:

"Und auch wenn der Fundamentalismus so weit geht zu töten – man kann aber mit der Zunge töten, und das sagt der Apostel Jakobus und nicht ich, und auch mit dem Messer – glaube ich, dass es nicht richtig ist, den Islam mit Gewalt gleichzusetzen. Das ist nicht richtig, und es ist nicht wahr."

Weitere Informationen zum Gesprächskreis "Christen und Muslime" beim ZdK finden Sie unter www.christen-und-muslime.eu

Die Erklärung des Gesprächskreises sowie das dreisprachige Thesenblatt können über servicestelle@zdk.de bestellt werden.

| Nathalie Pieper

Geschäftsführerin des Gesprächskreises "Christen und Muslime" beim ZdK

8 Landwirtschaft Klimawandel

"Fair"wandel Landwirtschaft und Klima

Wie Landwirtschaft und Klimawandel sich gegenseitig bedingen und beeinflussen

Im Rahmen des Dialogprozesses zum Klimaschutzplan 2050 des Bundesumweltministeriums wurden insgesamt 14 verschiedene Maßnahmen für das Handlungsfeld "Landwirtschaft und Landnutzung" erarbeitet. Viele Vorschläge daraus finden sich nun auch im Entwurf des Bundesumweltministeriums wieder, der sich derzeit in der Ressortabstimmung befindet. Innerhalb der Bundesregierung wird die darin geforderte "Agrarwende" erwartungsgemäß zur Disposition gestellt. Grund genug, sich einmal genauer den Zusammenhang zwischen Klimawandel und Landwirtschaft anzuschauen.

Dass der Klimawandel in der Landwirtschaft eine entscheidende Rolle spielt, ist bekannt. Dass die Landwirtschaft aber ebenso entscheidenden Einfluss auf das Klima ausübt, ist weniger verbreitet. Im fünften Sachstandsbericht des Weltklimarates (IPCC) – nachzulesen auf www.klimafakten.de – werden diesbezüglich folgende Kernergebnisse zusammengefasst:

1. Der Klimawandel hat in Teilen der Welt bereits die Ernteerträge sinken lassen

Diese Nachricht spiegelt sich bisher in unseren Lebensmittelpreisen und vollen Supermarktregalen noch nicht wider. In Zukunft wird eine Bedrohung der Ernährungssicherheit durch eine Kombination aus klimatischen Extremereignissen aber zunehmen. Erwartet wird, dass der Klimawandel Ökosysteme zerstören wird, die für die landwirtschaftliche Produktion unerlässliche Dienstleistungen erbringen (beispielsweise die Verbreitung von Samen, Abbau von Abfallstoffen, Bereitstellung von Nährstoffen in natürlichen Kreisläufen). Wasserbindvermögen und Bodenfruchtbarkeit werden beeinflusst und durch den weltweiten Rückgang der Bestäuberinsekten entsteht eine große Gefahr für die landwirtschaftliche Produktion.

2. Die Anpassungsgrenze der Landwirtschaft beträgt maximal 3° C

Landwirtschaft findet in lebendigen Anbau- und Ökosystemen statt. Diese können Schwankungen nur bis zu einer bestimmte Grenze kompensieren und das komplexe System von Anbau, Bodenfruchtbarkeit und Wasserverfügbarkeit gerät spätestens bei einer Temperatursteigerung von 3° C an diese Grenze. Das heißt auch, dass – wenn wir das ambitionierte Ziel der Klimakonferenz in Paris von max. 2° C verpassen –, weitere Konflikte um Nahrungsmittel und Wasser entstehen werden. Die absehbaren und allein durch den Klimawandel verursachten künftigen Flüchtlingszahlen werden von der UN auf mind. 50 Millionen Menschen im Jahr 2050 geschätzt.

3. Weltweit stammen 10 bis 12 Prozent der Treibhausgase aus der Landwirtschaft

Verlässliche Zahlen gibt es nur für das Jahr 2010. Dabei gehen zurückhaltende Schätzungen von ca. 10 bis 12 Prozent an Treibhausgasen aus landwirtschaftlicher Produktion aus. Nach Angaben des Bauernverbandes sollen die Emissionen aus der Landwirtschaft in Deutschland bei nur 7,5 Prozent liegen, weltweit liegen die Schätzungen aufgrund von Landnutzungsänderungen höher. Rechnet man die Umnutzung von Wald, Steppen oder anderen Flächen für landwirtschaftliche Nutzung hinzu, so ist der Treibhausgasanteil aus der Landwirtschaft möglicherweise doppelt so hoch. Es gibt Schätzungen, bei denen bis zu einem Viertel der Treibhausgase auf die Landwirtschaft zurückgehen. Nicht nur die Menge, sondern auch die Art des Treibhausgases ist entscheidend. So ist die Landwirtschaft eine der größten Quellen von Methan und Lachgas. Gerade das durch künstliche Düngung erzeugte Lachgas wirkt hunderte Male schädlicher als CO₂. Der Methanausstoß aus Tierproduktion und Gülledüngung macht schätzungsweise die Hälfte der landwirtschaftlichen Emissionen aus. Methan wirkt ebenfalls klimaschädlicher als CO₂. Dagegen ist die Produktion von Reis – als Hauptnahrungsmittel der Armen in dieser Welt – mit einem Anteil von knapp 11 Prozent an den landwirtschaftlichen Treibhausgasen eher klimafreundlich.

4. Es gibt die Möglichkeit des Agrarsektors, Emissionen zu mindern

Durch veränderte klimagerechte Bodenbearbeitung, wie z. B. eine schützende Pflanzendecke beim Ackerbau, kann die Land-

Landwirtschaft

Klimawandel

wirtschaft nicht nur Treibhausgase vermeiden, sondern zusätzliches CO₂ aufnehmen und als dringend benötigte CO₂-Senke fungieren. Das Potential des klimafreundlichen Anbaus wird als sehr hoch eingeschätzt. Diese Maßnahmen kosten meist weniger als teure technische Lösungen, sind schnell und ohne Nebenwirkungen durchführbar. Allerdings verursachen sie bei den Landwirten Kosten, die nicht durch zusätzliche Einnahmen gedeckt werden. Ihre durchschnittlichen Einkommen sind, betrachtet man den hohen Kapitalaufwand, ohnehin im Vergleich zu anderen Selbstständigen niedrig. Ob ein Ausgleich für Klima- und Ökosystemleistungen über teurere Lebensmittel oder ein Ausgleich für die Bindung von CO₂ in Böden erfolgen soll, dazu gibt es unterschiedliche Meinungen.

5. Verändertes Verbraucherverhalten hat mehr Senkungspotential als technologische Lösungen

Nicht nur Landwirte haben es in der Hand. Wir alle können mit einem bewussteren Lebensstil schon heute anfangen und einen bedeutenden Beitrag leisten. Somit weist der 5. Sachstandsbericht des Weltklimarates auch große Parallelen zur päpstlichen Enzyklika *Laudato si'* auf. Technologie ist wichtig und weitere Forschung unabdingbar, aber man sollte nicht glauben, dass der technische Fortschritt die sozialen und ökologischen Probleme von alleine löst.

Bäuerliche Landwirtschaft, Ernährungssicherung und das Recht auf Nahrung

Landwirtschaft ist für uns alle lebensnotwendig. Im Gegensatz zu vielen anderen Produkten kann niemand auf Nahrungsmittel verzichten. Eine Lösung kann somit nur in einer klimafreundlichen Veränderung der Produktionsmethoden und des Konsums liegen. Dies geht aber nicht kostenlos. Wenn Landwirten durch klimafreundliche Produktionsmethoden Kosten entstehen, müssen entweder Verbraucher oder die Gesellschaft dafür zahlen. Landwirte müssen von ihrer Produktion leben können und ein Einkommen erzielen, das ihnen und ihren Familien ein würdiges Leben ermöglicht. Der Blick auf die ressourcenschonenden bäuerlichen Betriebe weltweit, ihr Schutz und ihre Förderung – in Bezug auf Einkommen und klimafreundliche Produktionsweise – kann den größten Effekt erzielen.

Stattdessen treiben wir im Süden ein industrielles Agrarmodell voran, welches kleinbäuerliche Betriebe zur Hofaufgabe und Landflucht treibt und sich ebenso wie die Abwanderung der

Menschen in die Megacities destabilisierend auf Politik und Wirtschaft auswirkt.

Zugleich ist der Klimawandel nach Meinung vieler ein wirtschaftliches Problem, weil es uns im internationalen Wettbewerb nicht ausreichend gelingt, Umweltgüter zu schützen. So auch im komplexen System der landwirtschaftlichen Produktion, in dem langfristige Umweltgüter wie Boden, Wasser und Klima kurzfristigen Renditeerwartungen wirtschaftlicher Investitionen untergeordnet werden. Der Zeithorizont wirtschaftlicher Renditeerwartungen ist mit den Erfordernissen eines langfristigen nachhaltigen Umgangs mit Böden und komplexen Ökosystemen oft nicht vereinbar. Obwohl es anbautechnische Lösungen zur Reduktion der Treibhausgas-Emissionen gibt, wissen wir noch zu wenig über die komplexen Wirkungen der einzelnen Produktionsmethoden auf Bodenfruchtbarkeit, Wasserbindevermögen, CO₂-Bindevermögen und Klimaresilienz. Zur Sicherung des Nahrungsmittelbedarfs und des Klimas ist noch viel Forschung nötig. Bäuerliche Familienbetriebe haben dabei traditionell sehr nachhaltige Strukturen, weil das Land in Familienhand bleiben und bebaut werden soll. Sie reagieren sehr flexibel und bauen eine Vielfalt von Nutzpflanzen an, was die Agrobiodiversität fördert.

Was wir schon heute berücksichtigen können, ist die einfachste und zugleich schwerste Lösung: eine Änderung zu bewussterem Lebensstil.

Agrarpolitik ist mehr als Ressortpolitik, sie ist ein Teil der Welt-handels- und Friedenspolitik. Klimawandel und Landwirtschaft stehen in einem engen, sich gegenseitig bedingenden Verhältnis. Hieraus ergeben sich heute mehr Fragen als Antworten. An den Lösungen sind viele beteiligt, zuvorderst die Landwirte selbst, aber auch jeder Einzelne von uns mit seinem Konsumverhalten. Wichtig ist, dass die Politik, die Landwirtschaft nicht mehr als altmodisches und rückständiges Stiefkind wirtschaftlicher Entwicklung behandelt, deren Anliegen wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden können. Landwirtschaftspolitik ist Teil von Weltinnenpolitik.

Nicole Podlinski

Bundvorsitzende der Katholischen Landvolkbewegung Deutschlands

Kolping

Soziale Gerechtigkeit

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort

Soziale Gerechtigkeit konkret

Eine Kolping-Initiative setzt sich für allgemeinverbindliche Branchenlöhne ein und fordert politische Maßnahmen gegen das Lohndumping durch unternehmerische Tarifflicht. Ein Beitrag zur Vermeidung von Minirenten, privater und öffentlicher Armut.

In der öffentlichen Diskussion über den Zusammenhalt Europas ist viel von der Verteidigung gemeinsamer Werte die Rede. Hakt man nach, welche Werte das sein sollen, bleiben nicht viele Gemeinsamkeiten des "christlichen Abendlandes". Man kann sich meist noch auf "Frieden" und "Freiheit" einigen. Aus christlicher Sicht reicht das nicht. Frieden und Freiheit schützen zwar die Bedürfnisse des Einzelnen; eine Empathie für den Anderen, den Nächsten schließt das nicht unbedingt ein. Jede menschliche Gemeinschaft von der Familie bis zum Staat bedarf eines gemeinsamen Wertefundaments, das Grundlage für gemeinsame Regeln, die Gesetze, das Recht ist. Papst Benedikt und der Philosoph Jürgen Habermas waren sich einig, dass das Funktionieren eines Staates auf ethischen Wurzeln beruht, die er selbst nicht schaffen kann. Der Geist Christi, christliches Gedankengut kann dazu beitragen, diese Wurzeln zu pflegen. Christen könnten das Leben in der menschlichen Gesellschaft würzen, sie könnten wenigstens ein wenig "Salz der Erde" sein. Werden wir diesem Anspruch zur Zeit in unserer Gesellschaft gerecht?

Vielleicht ist auch deshalb, wie Papst Franziskus sagt, die "alte Tante Europa müde geworden".

Nach christlicher Überzeugung bedarf das Streben nach Freiheit der Rückbindung an Verantwortungsbereitschaft für das Ganze. Wo dieses Bewusstsein schwindet, kämpft irgendwann jeder gegen jeden, laufen Gesellschaften Gefahr auseinanderzudriften. Letztlich ist das Fundament unseres politischen Systems gefährdet, da Abstiegsängsten fast immer eine politische Radikalisierung folgt. Die Katholische Soziallehre liefert Ideen, wie Menschen solidarisch miteinander leben können. Dabei steht nicht nur die Hilfe für den Einzelnen im Vordergrund. Sie fordert Staat und

Gesellschaft auf, durch Regeln zu einem fairen Miteinander der Menschen beizutragen. Was nützt es einem Unternehmer, wenn die Regeln so sind, dass er durch Fairness gegenüber seinen Mitarbeitern sein Unternehmen gefährdet? Die Stärke des deutschen Sozialmodells beruht noch heute darauf, dass christliche Sozialethik, sozialdemokratische Solidarität und Ordoliberalismus der Freiburger Schule – damals auch "Neoliberalismus" genannt, womit aber das Gegenteil von dem gemeint war, wofür der Begriff heute steht – einmal das politische, unternehmerische und gewerkschaftliche Handeln in einer wirklich sozialen Marktwirtschaft bestimmten. Diese versuchte bewusst, Ursachen für soziale Schieflagen erst gar nicht entstehen zu lassen. Wir sollten diesen Gemeinschaftssinn wiederbeleben. Zur Zeit geschieht das Gegenteil.

Lohndumping durch Tarifflicht höhlt die soziale Marktwirtschaft aus

Das wichtigste Element einer sozialen Marktwirtschaft ist eine funktionierende Sozialpartnerschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Genau diese ist gefährdet und wird in immer stärkerem Maße unterlaufen. Nach Studien der Bertelsmann-Stiftung ist Tarifflicht von Unternehmen eine der wesentlichen Ursachen für ein Auseinanderdriften der Lohnentwicklung. So ist die Tarifbindung der Betriebe in den letzten Jahren von 60 auf 35 Prozent zurückgegangen, die Zahl der tarifgebundenen Beschäftigten von 82 auf 62 Prozent.

Ein verblüffendes Ergebnis dabei ist unter anderem, dass davon nicht etwa die in weltweitem Wettbewerb stehende deutsche Exportindustrie in erster Linie betroffen ist, sondern die in der Regel nicht im internationalen Wettbewerb stehenden Dienstleistungsbranchen. Nach wie vor prekär sind die Verhältnisse in der Fleischindustrie. Hier wirkt zwar der Mindestlohn, aber noch lange nicht der angemessene Tariflohn. Eine der Folgen: dänische Unternehmen betreiben in Deutschland Schlachthöfe, weil Lohndumping zuhause in Dänemark nicht erlaubt ist, in Deutschland aber möglich ist. Inzwischen steigen auch große Einzelhandelskonzerne aus der Tarifbindung aus mit der Begründung, ihre Wettbewerber würden auch keinen Tariflohn zahlen.

Kolping

Soziale Gerechtigkeit

Vorreiter: öffentliche Dienstleistungen

Sehr stark betroffen sind vormals öffentliche Dienstleistungen, die privatisiert wurden und im Bieterwettbewerb vergeben werden. Hier entwickelt sich in rasanter Geschwindigkeit ein Geschäftsmodell, das sich Unternehmen zum Beispiel bei der Ausschreibung von Dienstleistungen wie Bahn, Post, Nahverkehr, Weiterbildung oder sozialen Diensten einen Wettbewerbsvorteil verschaffen, indem sie keine Tariflöhne mehr zahlen. Diese Unternehmen werden immer stärker vor die Wahl gestellt, beim Lohndumping mitzumachen oder aus dem Markt auszuschneiden. Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn hat diese Entwicklung noch verschärft, da er das Lohnniveau in einigen Branchen nach unten zieht. In früheren Jahren hatte die Arbeitsverwaltung darauf gedrungen, dass Träger der Weiterbildung von Arbeitslosen Tarif zahlen. Inzwischen zählt hier fast nur noch der Preis. Weiterbildungseinrichtungen in Trägerschaft des Kolpingwerkes oder von Kreishandwerkerschaften mussten schließen. Die Entlassenen konnten beim obsiegenden Wettbewerber bei 30 Prozent Gehaltskürzungen wieder einsteigen. Die Arbeitsagentur profitiert sogar noch von dieser marktförmigen Entwicklung durch eine Senkung ihrer Kosten, die zu Lasten der Beschäftigten geht. Der vor kurzem eingeführte Branchenmindestlohn für die Weiterbildung hilft da nur wenig, da er eben nicht den normalen Tariflohn darstellt.

Millionen Menschen mit ganz normalen Berufen rutschen in den Niedriglohnsektor ab. Die Folgen sind zunehmende private Armut durch nichtauskömmliche Löhne. Die Zukunftsaussichten bei der Rente sind noch düsterer. 68 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten hatten 2014 ein Jahreseinkommen unter 30.000 Euro. Das entspricht etwa einem Stundenlohn von 15 Euro. Menschen mit einem derartigen Einkommen erwarten eine gesetzliche Rente auf dem Niveau der staatlichen Grundversicherung. Der privaten Armut wird die öffentliche folgen. Denn der Staat muss als Reparaturbetrieb für Fehlentwicklungen bei Entlohnung und Rente die dann anfallenden Sozialleistungen finanzieren.

Gesetzliche Regelungen für verpflichtende Anwendung von Branchentarifverträgen

Ein Blick auf die Nachbarländer zeigt, dass dort es dort sehr viel eindeutigere Regeln für die verbindliche Anwendung von Tarifabschlüssen gibt. Darauf zielt die Initiative der Kolpingfamilie Everswinkel "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort", die sich vor dem Hintergrund von Erfahrungen im eigenen Umfeld den Kampf gegen Lohndumping auf ihre Fahnen geschrieben hat. Sie fand starke Unterstützung beim Kolping-Diözesanverband Münster. Auch das Kolpingwerk Deutschland hat sich der Forderung im Grundsatz angeschlossen und wird das Thema mit Blick auf die kommende Bundestagswahl in den Fokus rücken. Es geht um die verpflichtende Anwendung eines von den Tarifparteien autonom ausgehandelten, nach Regionen und Tarifmerkmalen differenzierten Branchentarifvertrages. Die Festsetzung des Mindestlohnes wäre branchenspezifisch Sache der Tarifparteien; eine Anwendung für Leiharbeit und Werkverträge könnten spezifische, komplizierte gesetzliche Regelungen obsolet machen; die Tarifeinheit in den Betrieben wäre automatisch gesichert.

Das Abrutschen von Millionen normaler Berufe in den Niedriglohnsektor mit katastrophalen Folgen für die Rente beginnt, massive Abstiegsängste auszulösen. Die Politik muss diese ernst nehmen und nach konkreten Lösungen im Sinne von "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort" suchen. Erinnert sei an die Worte von Papst Benedikt vor dem deutschen Bundestag: "Sein (des Politikers) letzter Maßstab ... darf nicht der Erfolg sein. Die Politik muss Mühen um Gerechtigkeit sein und so die Grundvoraussetzung für Frieden sein. Natürlich wird der Politiker den Erfolg suchen, der ihm überhaupt die Möglichkeit politischer Gestaltung eröffnet. Aber der Erfolg ist dem Maßstab der Gerechtigkeit, dem Willen zum Recht untergeordnet."

Werner Schniedermann

Begründer der Initiative "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort" der Kolpingfamilie Everswinkel und Mitglied des Fachausschusses "Arbeit und Soziales" im Kolping-Diözesanverband Münster



Der klimaneutrale Versand
mit der Deutschen Post



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

ZdK | Zentralkomitee der deutschen Katholiken
Postfach 24 01 41, D 53154 Bonn

Haushalte als Arbeitgeber

Ein Projekt der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd)

Entlastung im Haushalt wird für viele Menschen immer wichtiger. Sei es, weil sie selbst pflegebedürftig oder in die Pflege Angehöriger eingebunden sind, sei es, weil sie einen Haushalt mit Kindern führen und gleichzeitig erwerbstätig sind. Ungefähr 90 Prozent aller in Privathaushalten Tätigen – überwiegend Frauen – arbeiten jedoch ohne jede soziale Absicherung "schwarz". Mit dem Projekt "Haushalte als Arbeitgeber" greift der kfd-Bundesverband damit ein zentrales gleichstellungspolitisches Thema auf und sucht nach politischen Lösungen. Das Projekt wird in enger Kooperation mit dem vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderten Kompetenzzentrum "Professionalisierung und Qualifizierung haushaltsnaher Dienstleistungen" an der Justus-Liebig-Universität Gießen durchgeführt.

Ausgangspunkt für das Projekt war ein Beschluss der kfd aus dem Jahre 2013:

"Die kfd setzt sich ein für die Entwicklung lokaler Angebote haushaltsnaher Dienstleistungen, die den Beschäftigten sozialversicherte faire Bezahlung bieten, die aber auch für die Kundschaft bezahlbar sind". Darum geht es: Dienstleistungen im Privathaushalt künftig **bezahlbar** zu machen, dennoch **fair** und **sozialversichert** zu entlohnen und **qualifizierte Angebote** auf dem offiziellen Arbeitsmarkt bereitzustellen.

Das Projekt der kfd startete Anfang 2014 mit der Fachtagung "Von der schwarzen Arbeit zur weißen Weste", die vor allem der Bestandsaufnahme diente. Weiter ging es mit einer qua-

litativen Studie unter haushaltsführenden Frauen: Was sind die Hintergründe für die Entscheidungen von Privathaushalten, legale haushaltsnahe Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen? Fazit der Studie: Es gibt viel zu wenig Wissen über legale Möglichkeiten, haushaltsnahe Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Gleichzeitig können oder wollen viele Haushalte den dafür notwendigen Preis nicht zahlen.

Auf einer weiteren Tagung im Frühjahr 2015 wurden vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse Lösungsmodelle vorgestellt. Insbesondere mit dem belgischen Gutscheinenmodell setzte die kfd sich auseinander. Hier zahlt der Staat die Differenz zwischen dem Schwarzmarktpreis und sozialversicherter Beschäftigung, um Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren; und hat so ein echtes Entlastungsangebot für Familien geschaffen.

Die Bundesversammlung der kfd beschloss 2015, das Thema verstärkt in die politische Diskussion zu bringen. Es braucht eine Aufwertung und Wertschätzung der in den privaten Haushalten erbrachten Leistungen. Gleichzeitig geht es darum, Fördermöglichkeiten und Subventionen für haushaltsbezogene Dienstleistung auf die politische Agenda zu setzen.

Die kfd hat 2016 zum Abschluss des Projektes die Broschüre "Haushalte als Arbeitgeber. Haushaltsbezogene Dienstleistungen: fair–legal–bezahlbar" herausgegeben. Sie stellt ausführlich die Vielfalt und Bedeutung der in privaten Haushalten erbrachten Leistungen dar und informiert über die heute schon bestehenden legalen Möglichkeiten, Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Die Modelle der europäischen Nachbarstaaten werden vorgestellt. Zusätzlich finden sich in der Broschüre zahlreiche Anregungen und Tipps, wie zu dem Thema im lokalen Umfeld und in der verbandlichen Bildungsarbeit gearbeitet werden kann.

<https://www.kfd-bundesverband.de/projekte/privathaushalte-als-arbeitgeber.html> oder E-Mail an shop@kfd.de

| Dr. Heide Mertens

Leiterin der Abteilung Politik/Gesellschaft in der Bundesgeschäftsstelle der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) in Düsseldorf

Pressestelle Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn
Postfach 24 01 41, 53154 Bonn

Tel. +49. (0) 228. 38 297 - 0. Fax +49. (0) 228. 38 297 - 48
Mail presse@zdk.de Web www.zdk.de

Herausgeber
Dr. Stefan Vesper Generalsekretär

Redaktion
Theodor Bolzenius Pressesprecher

Nachdruck frei / Belegexemplar erbeten

Alle Ausgaben der "Salzkörner" finden Sie auch auf unserer Internetseite:
www.zdk.de/veroeffentlichungen/salzkoeerner